



HAUSHALTSREDE

der Vorsitzenden der **SPD-Fraktion** im Rat
der Landeshauptstadt Hannover

Beigeordnete Christine Kastning

zum Haushaltsplan 2007 und
zur Mittelfristigen Finanzplanung 2006 – 2010

22. Februar 2007

(Es gilt das gesprochene Wort)



Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir entscheiden heute über den Haushalt 2007 und die Mittelfristige Finanzplanung 2006 - 2011. Ich denke, dass wir uns zu Beginn des Haushaltsjahres und am Anfang der neuen Ratsperiode die auf uns zu kommenden Herausforderungen in unserer Stadtgesellschaft noch einmal bewusst vor Augen halten sollten.

Sie reichen von der demografischen Entwicklung, über die Positionierung in einer laufend Veränderungen unterworfenen internationalen Wirtschaftswelt bis hin zu den zentralen Fragen der Chancengerechtigkeit und Teilhabe am Leben in unserer Stadtgesellschaft.

Unter diesen großen Überschriften versammeln sich wichtige Themenfelder, die es zu beackern gilt. Sie sind hinlänglich bekannt:

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Lebenslanges Lernen – von klein auf!
- Migration und Integration
- die Sanierung der städtischen Infrastruktur oder auch das Programm Soziale Stadt

um nur einige zu nennen.

Hierauf gehe ich im Folgenden noch ein.

In einer immer älter werdenden Gesellschaft tragfähige Zukunftsszenarien zu entwickeln, daran wollen wir mitarbeiten. Wir werden dies durch unsere rot-grünen Beschlüsse gestalten und voran bringen.

Als Ratsmehrheit fördern wir ganz gezielt bestimmte Schwerpunkte in der Stadtgesellschaft und Stadtentwicklung. Viele Bereiche brauchen eine mittel- bis langfristige Ausrichtung in der Gestaltung von Politik. Hier setzen wir auf Kontinuität und zeigen damit Verlässlichkeit.

Einige Wochen intensiver Beratungen liegen hinter uns. Die Beschlüsse aus den Beratungen in den Fachausschüssen sind bereits in das 3. Veränderungsverzeichnis eingearbeitet. Wir haben mit unserem Koalitionspartner in über 90 Anträgen Veränderungen in Höhe von rund 4,8 Mio. € vorgenommen - aber auch Deckungsvorschläge in annähernd gleicher Höhe eingebracht.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

als ‚neu gewählte‘ Fraktionsvorsitzende hier im Rat - mit ‚neuem‘ OB und ‚neuem‘
Kämmerer - möchte ich unsere Vorstellungen erläutern.

Lassen Sie mich dazu einige Fakten und Eckdaten ausführen.

Wir haben uns ganz bewusst für strategische, zukunftsorientierte Schwerpunkte zum
Haushalt 2007 entschieden. Dies sind:

- Investitionen stärken und Umweltqualitäten verbessern: Schulsanierung, Sa-
nierung von Straßen, Ökologische Sanierung von Spielplätzen, Schulhöfen
und Grünflächen
- Kinder und Jugendliche stärken: Initiativen zur kulturellen Bildung, Verbesse-
rung der Grundschulkinderbetreuung, Gewaltpräventionsprojekte
- Ausbau der Betreuungsplätze für Unter-Dreijährige: Finanz-Unterstützung für
neue U-3-Plätze in Stadtbezirken mit einem besonderen Bedarf
- Sprachförderung *fortführen und stützen*: Rucksackprojekte für Kinder *und*
auch Eltern, Projekt Hippy
- Migration und Integration *ernsthaft als Aufgabe begreifen*: konzeptionelle Ent-
wicklung eines interkulturellen Handlungsprogramms, das die Ebene der
Stadtteile einbezieht.
- Lokale Ökonomie in den Stadtteilen aktiv begleiten: Koordination und Auswei-
tung des Projektes, Aufwertung südliche Innenstadt

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich etwas tiefer einsteigen in diese Schwerpunkte.

Fußball-‘Sommermärchen‘ - wie wir es hier im letzten Jahr erleben konnten - wieder-
holen sich bekanntermaßen selten!

Möglich wurde das aber überhaupt nur durch den gelungenen Umbau des Nieder-
sachsenstadions in die weltmeistertaugliche AWD-Arena, und dies trotz einer Finanz-
lage der Stadt, die das ja eigentlich gar nicht erlaubt hätte.

Daran erkennen Sie intelligente, zukunftsweisende Investitionspolitik – das sage ich ganz bewusst auch in Richtung Kommunalaufsicht.

Wir fordern vom zuständigen Innenministerium des Landes Einsicht, dass nicht nur ausnahmsweise der Umbau des Misburger Bades mit dem privaten Investor s.a.b. genehmigt wird, sondern insbesondere bei den Investitionen für die geplante Schulsanierung endlich die erforderliche Weitsicht gezeigt wird.

Die von uns veranschlagten Mittel im Haushalt müssen ohne Einschnitte genehmigt werden! Notwendige Investitionen auf die lange Bank zu schieben oder ganz zu verhindern, das ist - wie wir längst wissen - äußerst problematisch. Spätere Sanierungen werden noch teurer.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

damit bin ich auch schon bei der schwierigsten und zugleich ehrgeizigsten Aufgabe, der wir uns stellen - dem Ziel, alle langfristig gesicherten Schulen bis zum Jahr 2011 zu sanieren.

Seit dem Jahr 2000 sind für die Schulsanierung bereits rund 150 Mio. € bereitgestellt worden. Damit konnten immerhin 75 Schulen saniert bzw. teilsaniert werden. Weitere Maßnahmen befinden sich in der Umsetzung.

Im letzten Jahr hat der Rat wesentliche Beschlüsse zur Fortsetzung der Schulsanierung gefasst. Sie umfassen die Sanierung von Schulgebäuden, Sporthallen und den Neubau der GS Steinbreite im Rahmen von Öffentlich Privaten Partnerschaften mit einem Volumen von 40 Mio. Euro. Dazu gehört auch der Grundsatzbeschluss zur Sanierung der IGS Mühlenberg.

Die Sanierung kann nur gelingen, wenn auch die Kommunalaufsicht beim Land die Anstrengungen der Landeshauptstadt Hannover anerkennt und die Verstetigung des Kreditrahmens von mindestens 11,5 Mio. € pro Jahr zusichert.

Wir wollen die Sanierung der Schulen auf mehrere Füße stellen. Daher ist es für uns eine entscheidende Ergänzung, dass sich die städtischen Beteiligungen GBH und union boden gmbH an der Sanierung beteiligen können.

Im Rahmen eines Kaufmodells soll zunächst ein Schulgebäude modellhaft saniert werden. Beide städtischen Töchter verfügen über die notwendige Kompetenz, bauliche Sanierungen oder Neubauten zu projektieren. Auch bietet sich dadurch die Möglichkeit, regionale Unternehmen bei der Auftragsvergabe zu berücksichtigen.

Wie schon in der Presse berichtet, hat der Aufsichtsrat der GBH dazu schon am 16. Februar grünes Licht gegeben. Hier kann es nur darum gehen, für ein Großprojekt wie die IGS Mühlenberg mit einem Sanierungsvolumen von ca. 25 Mio. €, ein vernünftiges, finanzierbares Modell zu finden.

Wir meinen, dass die geplanten Sanierungen nur durch eine differenzierte Finanzierung geschultert werden können. Das schließt die Einbindung von privaten Investoren im Rahmen von PPP-Projekten sowie die Nutzung von Sondererlösen ein. Bei einem PPP-Volumen von 85 Mio. € im Zeitraum 2006 - 2008 (*DS 0518/2006 und 0911/2006*) müssen sich die Projekte natürlich rechnen.

Zum Haushaltsentwurf 2008 erwarten wir deshalb von der Verwaltung ein entsprechendes Finanzierungskonzept, das die beschriebenen Bausteine umfasst.

Ein anderes jährlich wiederkehrendes Thema ist die sichtbar notwendige Unterhaltung der Straßen. Wir haben hier noch einmal den Ansatz von über 12,5 Mio. € um eine Mio. € erhöht zur Fortsetzung des im vergangenen Jahr begonnenen Sonderprogramms zur Sanierung von Verkehrsflächen.

Wir fordern die Verwaltung auf, einen Vorschlag vorzulegen, welche Straßen, Radwege, Bürgersteige und Plätze berücksichtigt werden sollen.

Von der Erhöhung sollen außerdem 100.000 € für die Sanierung von Straßen mit Radverkehr und 20.000 € für die verstärkte Einrichtung von Fahrrad-Aufstellflächen vor Signalanlagen zweckgebunden verwendet werden.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

zu einer der wichtigsten Zukunftsaufgaben gehört, dass wir ein Bündel von passgenauen Maßnahmen zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen initiieren.

Dazu haben wir eine neue Finanzstelle Initiativen zur kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche eingerichtet und zu gleichen Teilen mit jeweils 140.000 € dem FB Bildung und Qualifizierung und dem FB Jugend und Familie zugeordnet.

Zusätzlich sollen Mittel - insbesondere aus dem sog. 100 Mio.-Euro-Programm des Landes „Familie ist Zukunft“ - akquiriert werden. Wir möchten damit erreichen, dass die Fachverwaltung im Rahmen eines Gesamtkonzeptes ein Maßnahmenbündel zur Umsetzung entwickelt und den Fachausschüssen bis zum Sommer zur Entscheidung vorlegt.

Unser Ziel ist es, innovative Ansätze kultureller Bildung zu erproben, die dazu geeignet sein könnten, nachhaltige Bildungserfolge zu erzielen. Erfolgreiche Ansätze sollen dann flächendeckend umgesetzt werden.

Folgende Themenschwerpunkte sollen dabei gezielt Berücksichtigung finden:

1. Vorlese (Lese-)-Förderung von Geburt an
2. Systematische Bildungsarbeit mit und für Eltern mit Migrationshintergrund.
3. Musikalische Bildung in Kitas und in der Kindertagespflege einschließlich der entsprechenden Fortbildung für Fachkräfte und Tagespflegepersonen
4. Leseförderung durch jugendliche Lesementoren und Medien für Kinder und Jugendliche - explizit in Kooperation mit dem Verein Mentor e.V.
5. Etablierung des Projekts Musik in Stadtteilen - (vergleichbar mit dem erfolgreichen Projekt in Hainholz, das beim Wettbewerb ‚Soziale Stadt 2006‘ mit einem Preis gewürdigt wurde)
6. Stärkung der Medienkompetenz von Kindern- und Jugendlichen - explizit in Kooperation mit dem Medienhaus
7. „Kinder führen Kinder“ - Unterrichts- und Lebensweltbezogene Entwicklungspartnerschaft zwischen Grundschulen und Museen

Kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche ist nach unserer Auffassung ein entscheidender Schlüssel zur Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben.

Denn: Hierüber werden die Kreativentwicklung, die Kommunikations- und Handlungskompetenz sowie die Gestaltungs- und Ausdrucksfähigkeit der Kinder und Jugendlichen entwickelt. Ganz besonders partizipieren hiervon die Kids, die einer gezielten Unterstützung bedürfen.

Unter diesen Gesichtspunkten vertreten wir auch die 3%-ige Aufstockung der Zuwendungen an freie Träger.

Ein wichtiger Baustein kann bei den von mir benannten kulturellen Aktivitäten und Projekten die Verknüpfung mit dem ganzheitlichen Bildungsansatz einer ‚Schule im Stadtteil‘ sein.

Gerade ‚stadtteilorientierte‘ Netzwerke an Grund- und Hauptschulen sollen eine größere Chancengleichheit im Zugang zu den umfassenden Bildungsangeboten ermöglichen.

Hier fordern wir, 3 KoordinatorInnen im Fachbereich Schule einzusetzen. Denn diese zusätzliche Aufgabe kann nicht im Rahmen eines normalen Stundenkontingents allein von Lehrkräften geleistet werden.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

damit bin ich bei einem weiteren Stichwort, der Verbesserung der Grundschulkindbetreuung.

Hier haben wir nicht nur - wie auch schon 2006 - im Vermögenshaushalt 150.000 € mehr für bauliche und einrichtungstechnische Maßnahmen eingestellt, die zum Beispiel bei der Umwidmung von Schulräumen für eine Mittagstischausgabe erforderlich sind.

Wir haben auch zusätzliche Mittel in Höhe von rund 222.000 € zur Unterstützung von Projekten im Rahmen von Konzepten wie ‚Bewegte Schule‘ eingesetzt. Damit sollen Schulen unterstützt werden, ganzheitliche Lernansätze zu verwirklichen, Schulalltag und -unterricht lernfördernd zu gestalten und eigene Schulprofile zu entwickeln. Ein positives Beispiel ist da die Fridtjof-Nansen-Schule in Vahrenheide.

Gleichzeitig haben wir aber auch die Mittel für Beihilfen für bedürftige SchülerInnen um 21.500 € angehoben, da der Bedarf an Unterstützung hier gestiegen ist.

Für Gewaltprävention im Bereich der Schulen sollen weitere 50.000 € eingesetzt werden. Neue Sport- und Musikprojekte sollen ausprobiert und weiterentwickelt werden. Insgesamt wünschen wir uns, dass eine Bündelung und abgestimmte Weiterentwicklung der unterschiedlichen Gewaltpräventionsmaßnahmen in den Bereichen Schule, Jugend und Sport vorgenommen wird.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

anfangs habe ich von den Herausforderungen und wichtigen Themenfeldern gesprochen – ich komme daher auf ein ganz zentrales Anliegen unserer Stadtpolitik zu sprechen:

Die viel zitierte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie erfordert begleitende Maßnahmen auf den unterschiedlichsten Ebenen.

Wir wollen hier die Gestaltungsmöglichkeiten nutzen und Finanzierungsoptionen ebenso!

Daher haben wir die Verwaltung beauftragt, die Umsetzung des Landesprogramms ‚Familien mit Zukunft - Kinder bilden und betreuen‘ für Hannover zu gewährleisten.

Das heißt, dass die vom Land in Aussicht gestellten Mittel (in Höhe von 100 Mio. €) zur Verbesserung des Kinderbetreuungsangebotes und der frühkindlichen Bildung bis zum Jahr 2010 in maximaler Förderhöhe für Hannover akquiriert werden.

Unabhängig davon werden wir bereits zum Haushalt 2007 in Stadtbezirken mit einem besonderen Bedarf den Ausbau der Betreuungsplätze für Unter-Dreijährige (U-3) weiter forcieren. Mit den von uns eingesetzten 200.000 € und der Erweiterung der bisherigen Förderrichtlinien für Kinderläden und Elterninitiativen soll die Schaffung neuer U-3-Plätze erleichtert werden.

In einem begrenzten Rahmen und auf 3 Jahre befristet können ab 01.01.2007 Mietzuschüsse bzw. Schuldendiensthilfen gewährt werden. Wir sehen dies vor für Stadtbezirke, die dauerhaft (mindestens bis 2010) einen Bedarf von 50 Plätzen haben.

Große Bedeutung messen wir der Sprachförderung bei. Sie ist für uns eine der wichtigsten bildungspolitischen Aufgaben der vorschulischen Erziehung.

Die Sprachfördermittel des Landes für Hannover wurden 2006 so verlagert, dass es zu einer deutlichen Absenkung des Angebots in den hannoverschen Kitas gekommen ist.

Dies ist für uns nicht nachvollziehbar und auch keine verantwortliche Entscheidung angesichts der Einwohnerstruktur in großen Städten!

Wir setzen deshalb 375.000 € zusätzlich für die Weiterentwicklung des erfolgreichen Rucksackprojekts in den Haushalt 2007 ein. Im Januar 2007 wurde das Projekt in Berlin beim Wettbewerb ‚Soziale Stadt‘ ausgezeichnet!

Mit den zusätzlichen Mitteln soll eine Stundenerhöhung für pädagogische Fachkräfte in Rucksack-Kitas, eine Qualifizierungsoffensive der Fachkräfte in den Kitas zur Sprachförderung und der weitere Einsatz bzw. die Qualifizierung der Rucksackmütter finanziert werden. Auch wird das Sprachförderangebotes mit dem Modell ‚Hippy‘ erweitert.

Als einen zusätzlichen Baustein zur Erhöhung von Bildungschancen für Kinder und ihre Eltern sehen wir die Einrichtung von weiteren vier Familienzentren in 2007. Zusätzliche werden danach folgen, denn: Der Erfolg spricht für sich!

Durch den Aufbau von lokalen Netzwerken im jeweiligen Stadtteil - ausgehend von der Kindertagesstätte - sollen sich Kindertageseinrichtungen mit entsprechenden Angeboten für Erziehungsberechtigte und andere Familienmitglieder (z.B. *Elterncafe, Sprachkurse, Qualifizierungsangebote, Eltern-Kind-Aktivitäten u.a.*) zu Familienzentren weiterentwickeln. Familienzentren dienen den Eltern als Informationsquellen und als Austausch- und Erfahrungsfeld.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

als direkte Konsequenz aus den Erkenntnissen über die demografische Entwicklung in Hannover erwächst für uns die Verpflichtung, positiv zu steuern. Wir wollen unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund in die Gestaltung des gemeinschaftlichen Zusammenlebens direkt einbeziehen, denn sie sind Teil unserer Stadtgesellschaft!

Wir haben deshalb die Verwaltung beauftragt, gemeinsam mit unterschiedlichsten Akteuren insbesondere Migrationsverbände und Interessenvertretungen, Wirtschafts- und Wohlfahrtsverbänden, VertreterInnen aller Konfessionen, Gewerkschaften und WissenschaftsvertreterInnen ein Interkulturelles Handlungsprogramm abzustimmen und umzusetzen (Allianz für Integration).

Gleichzeitig soll unter dem Begriff ‚Integration konkret‘ ein Konzept zur Durchführung, Stärkung und Bekanntmachung von innovativen Integrationsprojekten (Best Practise) insbesondere in den Stadtteilen entwickelt und umgesetzt werden. Die Einrichtung von Integrationsbeiräten in den Stadtbezirken soll in die Überlegungen einbezogen und geprüft werden.

Für die Umsetzung der ‚Allianz für Integration‘ und ‚Integration konkret‘ soll ab 2008 ein entsprechender Haushaltansatz gebildet werden.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

viele der schon erwähnten Maßnahmen zum Haushalt wirken von der gesamtstädtischen Ebene gezielt hinein in die Stadtteile.

Das gilt ganz besonders auch für die Ökologische Aufwertung von Spielplätzen, Schulhöfen und Grünflächen. Hier werden wir wieder - wie auch in den Stadtbezirken gefordert - 260.000 € in den Haushalt 2007 einsetzen.

Der Begriff ‚Lokale Ökonomie‘ stellt ebenfalls einen unmittelbaren Bezug zu den Stadtteilen, ihren BewohnerInnen und der lokalen Wirtschaft her. Durch unsere in den letzten Jahren verfolgte Stärkung der Stadtteile hat sich ein starkes Bewusstsein für den Erhalt einer vielfältigen Infrastruktur vor Ort - fußläufig erreichbar und identitätsstiftend - etabliert.

Die sichtbare Veränderung der Geschäfts- und Wirtschaftsstrukturen hat überall Handelnde auf den Plan gerufen. Für die Koordination und Ausweitung des Projektes ‚Lokale Ökonomie‘ soll deshalb Personal - aus dem vorhandenen Personalbestand - eingesetzt werden.

Außerdem werden durch Umbuchung vorhandener und neu eingesetzter Mittel in Höhe von 180.000 € die Sachkosten in dem Bereich der Wirtschaftsförderung auf 680.000€ aufgestockt.

Zusätzlich soll eine Bestands- und Bedarfsanalyse zum Projekt durchgeführt werden, um das Feld Lokale Ökonomie systematisch zu bearbeiten.

In der Wirtschaftspolitik wollen wir auf der Stadtebene die Instrumente einsetzen und weiterentwickeln, die lokale Gestaltungsspielräume zulassen: Dazu gehören für uns neben der eben genannte Förderung der Lokalen Ökonomie, die ‚klassische‘ Wirtschaftsförderung und die erfolgreich agierende Gründungs- und Ansiedlungspolitik von hannoverimpuls. Auch möchte ich die von uns angeschobene Ausbildungsinitiative an diesen Stellen nennen, die gut angelaufen ist.

Unser diesjähriger Haushaltsantrag 40.000 € für ‚Ausbildungspaten‘ zu binden, soll Ausbildungsabbrüche vermeiden helfen und wird beim Freiwilligenzentrum angesiedelt. Die Ausbildungsförderung für unter 25- Jährige bleibt für uns ein Schwerpunkt.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

Hannover gehört mittlerweile zu den 10 beliebtesten Städten für Deutschlandreisende - wie die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) jetzt im Januar 2007 mit ihrer neuen Studie belegte.

Endlich ist es gelungen, den längst überfälligen Schritt zu machen - die Region Hannover ist jetzt anteilig der HMG, Hannover Marketing Gesellschaft, beigetreten. Mit

der sinnvollen Vermarktung aus *einer* Hand können bei der exzellenten verkehrlichen Anbindung Hannovers die touristischen Highlights der Stadt und Region damit noch besser nach außen strahlen.

In diesem Zusammenhang begrüße ich die Entscheidung des Regionspräsidenten, die Idee der Einstellung der S-Bahn-Verbindung zum Flughafen nicht weiter zu verfolgen.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

unsere rot-grünen Ratsbeschlüsse der vergangenen Jahre haben positive Veränderungen bewirkt. Sie prägen das neue Gesicht der Stadt – besonders im Innenstadtbereich. Auch in 2007 werden wieder Ergebnisse unserer politischen Entscheidungen sichtbar werden, die die Stadt nachhaltig verändern.

Einige Schlaglichter möchte ich benennen:

- die gelungene Ansiedlung von IKEA und BMW auf dem EXPO-Gelände
- das baulückenschließende Torhaus am Aegi
- die Großbaustelle ECE, aus der sich die Ernst-August-Galerie erheben wird
- das fantastisch anmutende Sealife-Center in Herrenhausen
- Ihmezentrum – der Umbau hat begonnen.
- Wasserstadt Limmer – wir gehen davon aus, dass den Vorgaben der Sanierungskommission und des Rates gefolgt werden wird
- der Stadtbahnanschluss nach Altwarmbüchen
- der s.a.b. Umbau Misburger Bad in ein Gesundheits- und Wellness-Center
- die Umwandlung des Hainhölzer Bades in ein Naturbad, um nur einige Projekte zu benennen.

Wie geplant ist der 2. Abschnitt der Niki de Saint Phalle Promenade in Angriff genommen worden, der Raschplatz wird bald ein neues Gesicht erhalten.

Das gesamte Areal um Oper und Kröpcke wird durch bauliche und verkehrliche Maßnahmen maßgeblich verändert werden. Wir haben dazu unsere Anträge in den Rat eingebracht.

Die Aufwertung der südlichen Innenstadt soll über Umwidmung und Festlegung von Mitteln im Vermögenshaushalt in Höhe von über 3 Mio. € für die Neugestaltung im Bereich Platz der Weltausstellung, Osterstraße bis Baringstraße, Kröpcke bis Karlsruhstraße erfolgen.

Hier wird positive Stadtentwicklung nachhaltig sichtbar, nutzbar und erlebbar für die BürgerInnen und BesucherInnen unserer Stadt.

Die Chancen zur Sanierung der Industriebrache Deurag-Nerag-Gelände wollen wir durch eine Expertise über die Entwicklungspotenziale klären.

All das von mir benannte zeigt die eine Seite der Medaille, auf der anderen Seite steht das Problem der nicht ausreichenden Finanzierung der Kommune.

Und das nicht erst seit diesem Jahr, wie die Programme HK I bis HK V mit einer Summe von insgesamt 474 Mio. € eindrucksvoll belegen.

Das Haushaltssicherungskonzept (HSK VI) wirft bereits erste Schatten voraus. Wir werden noch in diesem Jahr im Rat darüber zu beraten haben.

Eine Landeshauptstadt benötigt nun mal andere Förder- und Finanzmodalitäten als die vom Ministerpräsidenten so überproportional bedachte Fläche in Niedersachsen.

Die aktuelle Landespolitik geht an den Aufgaben sozialer, kultureller, ökologischer und finanzieller Art einer Großstadt wie Hannover und damit an den Menschen vorbei!

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

eigentlich müsste die Landeshauptstadt finanzpolitisch blendend da stehen - die Wirtschaft zieht an, die Arbeitsmarktentwicklung zeigt erstmalig wieder leicht nach oben. Die Gewerbesteuer sprudelt und übertraf für 2006 alle Erwartungen – die Einnahmen lagen bei 469 Mio. €. Der vom Kämmerer aktuell präsentierte Finanzbericht relativiert diesen Pluspunkt allerdings wieder.

Seit der Vorlage des Haushaltsentwurfes 2007 gibt es eine Verschlechterung des Haushaltes um 40 Mio. €. Wir liegen damit bei einem jahresbezogenen Defizit von 75 Mio. €.

Einerseits ist dies bedingt durch die Erhöhung der Regionsumlage um weitere 20 Mio. €, auf der anderen Seite dämpft der Kommunale Finanzausgleich (KFA) die Freude, denn im Umlageverfahren wird unsere reichlich eingenommene Gewerbesteuer zugunsten finanzschwächerer Kommunen umverteilt.

Das Land hat aus dem kommunalen Finanzausgleichstopf vor 2 Jahren 150 Mio. und 2006 noch einmal 162 Mio. € entnommen und zahlt jetzt - trotz anziehender Konjunktur, diese nicht in voller Höhe an die Kommunen zurück. Vielmehr stellt sie vermeint-

lich ‚großzügig‘ einen Teil der einseitigen Reduktion der Finanzausgleichsmasse - 75 Mio. € - in den Topf für die Kommunen ein.

Ich appelliere nachdrücklich an die Landesregierung hier zu einer angemessenen Verteilung der Finanzen zurückzukehren!

Die Selbstdarstellungskampagne der Landesregierung erweckt den Eindruck, dass hier auf Kosten der Kommunen, das Füllhorn im anstehenden Landtagswahlkampf anderweitig ausgeschüttet werden soll!

Und im Wilhelm-Busch Jahr wird sogar noch eins draufgelegt: „Stets findet Überraschung statt, da, wo man’s nicht erwartet hat“:

Noch vor wenigen Wochen hat der Ministerpräsident vollmundig abgelehnt, was die SPD bundesweit forderte - ein beitragsfreies Kindergartenjahr! Nun die überraschende Kehrtwende. Wir können das Ansinnen nur begrüßen - aber es darf bitte nicht wieder nur einseitig zu Lasten der Stadt gehen.

Eine genaue schriftliche Ausführung liegt noch nicht vor - Berechnungen der Stadt gehen bisher von 0,46 Mio. bis zu 1,76 Mio. € zu Lasten der LHH aus.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Menschen in den Stadtteilen und ihr ehrenamtliches Engagement für das Gemeinwesen/die Stadtgesellschaft sind wichtige Fundamente, die eine Stadt tragen. Deshalb ist es uns gerade in dieser Zeit wichtig, dass es der Ratspolitik gelingt, die Menschen in dieser Stadt mitzunehmen, sie einzubeziehen. Wir arbeiten weiter daran.

Die inzwischen viel zitierte Zufriedenheit der Einwohner/innen mit ihrer Stadt freut uns natürlich - wir tragen dafür gern - seit nunmehr 60 Jahren - in Hannover die politische Verantwortung!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!